

Frankreich brennt – eine langfristige Alternative

Der Staat und die Zuwanderung

Und die natürliche Ordnung als Gegenmodell

von Hans-Hermann Hoppe

Übersetzung aus dem Englischen von Ronald Gläser | Foto von Ronald Gläser



Die natürliche Ordnung

Nehmen wir an, alles Eigentum befindet sich in privater Hand. Ferner ist die ganze Welt besiedelt. Jedes Stück Land, jeder Hof, jedes Haus, jede Straße, jeder Fluss und See und Wald, jedes Gebirge und jeder Küstenstrich wird von Privatpersonen oder privaten Firmen besessen. Es gibt weder Volkseigentum noch offene Grenzen. Blicken wir auf mögliche Probleme bei der Zuwanderungspolitik in diesem Szenario der natürlichen Ordnung.

Zuerst einmal gilt folgendes: In der natürlichen Ordnung gibt es so etwas wie ein Menschenrecht auf Einwanderung nicht. Menschen können nicht einfach dahin gehen, wo es ihnen gefällt. Wann immer sich jemand bewegt, dann bewegt er sich auf Privateigentum. Grundsätzlich kann sich eine Person nur bewegen, wenn der Gastgeber, dem das Land gehört, sie auch eingeladen hat. Und dieser Gastgeber hat natürlich stets das Recht, seine Einladung zu wider-

rufen und die „Gäste“ zu entfernen, wann immer ihm die Anwesenheit der betroffenen Gäste nicht mehr erstrebenswert erscheint.

Es wird in dieser Ordnung sehr viel Bewegung geben, weil es viele Gründe gibt, Gäste in sein Land zu holen. Aber es gibt auch Gründe dagegen. Zu denjenigen, die Gäste in erster Linie einladen werden, gehören die Eigentümer der Straßen, Bahnhöfe, Häfen und Flughäfen. Mobilität ist ihr Geschäft. Dementsprechend werden die Zugangsrechte – Fahrkarten – günstig zu haben sein. Trotzdem werden diese Gastgeber nicht jedem Zugangsrechte einräumen. Sie würden chaotische oder gar volltrunkene Personen von vornherein ausschließen. Unbefugte, Bettler und Schmarotzer werden sie davonjagen und alle restlichen Kunden während ihres Aufenthalts gegebenenfalls filmen und überwachen.

Nicht viel anders ist die Situation von Einzelhandel, Hotel- und der Gastwirtschaft. Vermieten und Verkaufen ist ihr Geschäft. Und freier Zugang zu ihnen ist dafür unerlässlich. Für sie gibt es genügend Anreize, Fremde und Ausländer nicht zu diskriminieren, weil sie ansonsten Verluste erleiden würden. Sie müssen jedoch bedeutend vorsichtiger und zurückhaltender bei ihrer Zugangspolitik sein als die Betreiber von Flughäfen und Straßen. Sie dürfen die Auswirkung der Anwesenheit Fremder in einer bestimmten Gegend nicht außer Acht lassen. Wenn die Umsätze eines Händlers oder Hotels aufgrund einer zu freizügigen Zugangspolitik für Ausländer zurückgehen, dann ist eine Diskriminierung derselben absolut gerechtfertigt. Um aus dieser Zwickmühle zu entkommen, werden Unternehmen von ihren ausländischen Kunden eine minimale Anpassung an lokale Sitten und Gebräuche einfordern.

Im Staat

Nehmen wir jetzt den Staat hinzu. Dieser wird wie üblich so definiert: Der Staat ist eine Institution, die auf einem bestimmten Gebiet exklusive und ultimative Rechte ausübt und zwischen Konfliktparteien entscheidet. Insbesondere nimmt sich der Staat das Recht heraus, auch in den ihn selbst betreffenden Konflikten zu entscheiden. Er schließt andere als ultimative Richter einfach aus. Das zweite Kernelement eines Staates ist das Recht, Steuern erheben zu dürfen. Ein-

Zuerst einmal sind Straßen der Weg zu Besteuerung und Kontrolle, weil Finanzbeamte, Polizisten und Soldaten auf öffentlichen Straßen ungehindert bis zu jedermanns Tür gelangen können.

seitig bestimmt er darüber, was Gerechtigkeits-Suchende dem Staat für seine Dienste als Monopolanbieter von Gesetz und Ordnung zahlen müssen.

Natürlich ist es angesichts dieser Definition einfach zu verstehen, warum es das Bedürfnis gibt, einen Staat zu gründen. Im Kindergarten sagen sie uns, dass es wegen des „Gemeinwohls“ sei und dass es andernfalls keine Ordnung geben würde. Das ist offenbar Unsinn. Es geschieht aus selbstsüchtigen, einfachen Motiven heraus. Denn derjenige, der der letztentscheidende Schlichter in allen Konfliktfällen in einem bestimmten Gebiet ist, kann seine eigenen Gesetze machen, anstatt bestehende Gesetze zu beachten oder anzuwenden. Und wer die Gesetze macht, kann Steuern erheben und sich an anderen bereichern.

Immigration bekommt eine ganz neue Bedeutung, wenn ein Staat mit klar definierten Staatsgrenzen etabliert ist. In der natürlichen Ordnung ist Immigration die Wanderung einer Person von einer Nachbarschaft zur nächsten (Mikro-Migration). Anders unter den Bedingungen eines bestehenden Staates: Immigration ist die Einwanderung von Menschen von außen, Ausländern also, wobei die Entscheidung, wer dies darf und wer nicht, nicht mehr bei dem betroffenen Eigentümer oder einer Nachbarschaft von betroffenen Eigentümern liegt, sondern bei einer zentralen oder gar zentralistischen Regierung, die die ultimative Herrschaft über die Einwohner des Staates und deren Eigentum ausübt (Makro-Migration). Wenn ein Einwohner einen fremden Gast einlädt und ihm sein Privateigentum zur Verfügung bereitzustellen gewillt ist, die Regierung den potentiellen Gast aber von seinem Territorium ausschließt, dann ist dies ein Fall von gewaltsamem Ausschluss. Ein Phänomen, das in der natürlichen Ordnung nicht existiert. Andererseits ist es ein Fall von gewaltsamer Integration, wenn die Regierung Fremde ins Land holt, obwohl kein Privateigentümer diese Menschen eingeladen hat – da in der natürlichen Ordnung nur Wanderungen auf Einladung hin stattfinden, gibt es dort auch diese Erscheinung nicht.

Zuwanderung im Staat

Um die Bedeutung des Wandels von einer dezentralisierten Entscheidung der betroffenen Eigentümer oder eines Zusammenschlusses betroffener Eigentümer (Mikro-Migration) hin zu einer zentralisierten Zulassung zur Einwanderung durch einen Staat (Makro-Migration) zu verdeutlichen, und um insbesondere das Entwicklungspotential von Zwangs-Integration unter staatlichen Bedingungen zu erfassen, ist es zunächst einmal erforderlich, die Politik des Staates hinsichtlich interner Wanderungsbewegungen zu

untersuchen. Basierend auf der Definition des Staates als territorialem Monopolisten für Gesetze und Steuern und der Annahme, dass er über ein Eigeninteresse verfügt, kann diese Politik leicht vorausgesagt werden.

Vor allem sind die Staatsbeamten daran interessiert, die Staatseinnahmen zu erhöhen, ja zu maximieren, und die Gesetzesbefugnis soweit auszudehnen, dass sie ihre „Hoheit“ über immer fremdes Privateigentum erweitern können. Sie werden nur das nicht oder ganz unzureichend tun, was sie eigentlich tun sollten: nämlich Privateigentümer und ihr Privateigentum vor einer fremden Invasion bewahren.

Mehr noch – weil Einschnitte in das Privateigentum und die Bezahlung von Steuern nicht freiwillig, sondern widerwillig erfolgen, muss der Staat, um sein Recht auf Steuern und Gesetzgebung zu verteidigen, seinen Beamten aus Selbsterhaltungsinteresse Zugang zu jedermann und jedermanns Eigentum innerhalb seines Territoriums verschaffen. Um das zu erreichen, muss der Staat erst einmal die Kontrolle über alle privaten Straßen übernehmen – durch Enteignung. Dann nimmt er das Steuergeld, um weitere Straßen, Plätze, Parks und Einrichtungen zu bauen, bis jedermanns Eigentum an öffentliches Eigentum angrenzt oder von ihm umzingelt ist.

Viele Wirtschaftswissenschaftler haben argumentiert, dass ein Mangel an öffentlichen Straßen eine Schwäche der natürlichen Ordnung – des freien Marktes – andeute. Demnach produziere der freie Markt zu wenig öffentliche Güter wie eben Straßen. Die steuerfinanzierten Straßen dagegen würden diesen Fehler beheben und damit die Volkswirtschaft stärken. Offensichtlich ist dies eine sehr wirklichkeitsfremde Sichtweise der Dinge.

Freie Märkte produzieren sehr wohl Straßen – auch wenn sie weniger und andersartige Straßen produzieren als unter staatlichen Bedingungen. Und betrachtet unter den Bedingungen der natürlichen Ordnung ist die gesteigerte Produktion von Straßen in Staaten keine Verbesserung, sondern eine Überproduktion – um nicht zu sagen Fehlproduktion – von Straßen. Öffentliche Straßen sind nicht einfach harmlose Einrichtungen für interregionalen Austausch. Zuerst einmal sind Straßen der Weg zu Besteuerung und Kontrolle, weil Finanzbeamte, Polizisten und Soldaten auf öffentlichen Straßen ungehindert bis zu jedermanns Tür gelangen können.

Zusätzlich führen öffentliche Straßen und Gebiete eine künstliche Aufspaltung der räumlichen Gemeinschaftsordnungen, die für die natürliche Ordnung charakteristisch ist, herbei. Es gibt gute Gründe dafür, sich abzuschotten und auch in deutlicher räumlicher Distanz zu anderen zu leben.

Es wird flächendeckende Plünderungen und Hausbesetzungen geben. Dies führt zu massiver Kapitalvernichtung. Die Zivilisation – wie wir sie kennen – wird verschwinden, in der Schweiz, in Österreich und in Italien.

Die Überproduktion unter staatlichen Bedingungen bringt nun Gemeinschaften in eine größere Nähe zueinander, als sie dies vielleicht wünschen. Andererseits werden durch Straßen bestehende Nachbarschaften aufgespalten und zerteilt.

Darüber hinaus – insbesondere im Fall eines demokratischen Staates – können noch genauere Voraussagen gemacht werden. Schon fast per definitionem erstreckt sich das Gebiet eines Staates über ethnisch-kulturell unterschiedliche Gemeinschaften. Wegen der wiederholt stattfindenden Wahlen wird eine Regierung eines Staates über kurz oder lang mit Umverteilungspolitik beginnen. In einem ethnisch-kulturell gemischten Staat bedeutet dies, eine Rasse, einen Stamm, eine Sprach- oder Religionsgruppe, eine Klasse – arm gegen reich, Kapitalisten gegen Arbeiter – gegen eine andere auszuspielen. Am Ende werden Mütter gegen Väter ausgespielt und Kinder gegen ihre Eltern. Die daraus resultierende Einkommens- und Vermögensumverteilung ist sehr komplex und variiert stark. Es gibt einfache Zahlungen von einer Gruppe an eine andere. In jedem Fall hat Umverteilung immer auch einen räumlichen Aspekt. In Hinblick auf den räumlichen Aspekt findet die Umverteilung auch Ausdruck in einem immer durchdringenderen Netzwerk der „Affirmative Action“-Politik, die das Recht von Personen an ihrem Eigentum einschränkt.

Das Recht eines Eigentümers, andere von seinem Eigentum auszuschließen, ist das Mittel, das ihm ermöglicht, „Unheil“ zu verhindern, also Ereignisse, die den Wert seines Eigentums schmälern. Durch seine Umverteilungspolitik hat der demokratische Staat seine Bürger nicht nur ihrer Waffen als Mittel der Selbstverteidigung beraubt, sondern auch ihre Grundrechte auf Ausschluss anderer von ihrem Eigentum untergraben. Damit hat er ihnen auch ihre persönliche Sicherheit geraubt. Gewerbetreibende wie die Betreiber von Geschäften, Restaurants und Hotels sind nicht mehr frei, ihr Eigentum ihren Kunden nur restriktiv oder gar nicht zur Verfügung zu stellen. Arbeitgeber dürfen nicht mehr heuern und feuern, wen sie wollen. Landeigentümer können sich ihre Pächter nicht mehr aussuchen. Kurz gesagt: Zwangsintegration ist allgegenwärtig und macht sämtliche Aspekte des Lebens zunehmend unangenehm und unerfreulich.

Offene Grenzen als Ausweg?

Gibt es Abhilfe gegen die Probleme? Kommen wir zunächst zu einem Vorschlag des „Wall Street Journals“, des „Cato-Instituts“, der „Foundation for Economic Education“ und weiterer links-libertärer Schreiberlinge, die für eine „Offene-“ oder gar „Keine-Grenzen-Politik“ eintre-

ten. Nicht weil man damit einen Blumentopf gewinnen könnte. Sondern, weil es hilft, das Problem zu erhellen und Lösungsmöglichkeiten aufzuzeigen.

Es ist nicht schwer vorauszusagen, welche Konsequenzen eine Offene-Grenzen-Politik auf unserer Welt anrichten würde. Sollten die Schweiz, Deutschland, Österreich oder Italien zum Beispiel jeden einlassen, der bei ihnen an die Tür klopft, dann würden sie in Kürze überrannt von Millionen Einwanderern aus der Dritten Welt – aus Albanien, Bangladesch, Indien oder Nigeria zum Beispiel. Selbst die etwas auffassungsfähigeren Befürworter der „Offene-Grenzen-Politik“ begreifen, dass dies den sofortigen Zusammenbruch der sozialen Sicherungssysteme zur Folge haben würde. Das sollte uns nicht weiter stören, denn um wirklichen Schutz von Person und Privateigentum wiederherzustellen, soll der Wohlfahrtsstaat ja gerade entsorgt werden. Aber dann kommt der große Sprung, die klaffende Lücke in der Argumentation der Offene-Grenzen-Advokaten: Aus den Ruinen des demokratischen Wohlfahrtsstaates, so will man uns glauben machen, entsteht irgendwie die neue, natürliche Ordnung.

Der erste Fehler in dieser Argumentationskette ist schnell ausgemacht: Sobald die Wohlfahrtsstaaten unter der neuen Last zusammengebrochen sind, sind die Massen von Einwanderern, die diese Lasten verursacht haben, immer noch da. Sie haben sich nicht auf wundersame Weise in Österreich, Bayern oder Lombarden entwickelt. Stattdessen sind sie noch immer Zulus, Hindus, Ibos, Albaner oder Bangladeschis. Assimilation ist möglich, wenn die Zahl der Zuwanderer klein ist. Eine Integration ist dagegen absolut unmöglich, wenn Einwanderung in massigen Dimensionen auftritt. In diesem Fall transportieren die Einwanderer einfach ihre Ethno-Kultur in das neue Territorium. Wenn die Wohlfahrtsstaaten in sich zusammengefallen sind, dann wird es eine Vielzahl von kleinen oder auch größeren Kalkuttas, Dakars, Lagos' und Tiranas in der Schweiz, Österreich und Italien – verteilt über das ganze Land – geben. Es verrät eine enorme soziologische Naivität, wenn man glaubt, dass aus diesem Potpourri eine natürliche Ordnung emporsteigen wird. Basierend auf unseren Erfahrungen mit solchen Formen der Multikulturalität in der Vergangenheit kann mit ziemlicher Sicherheit ein Bürgerkrieg vorausgesagt werden. Es wird flächendeckende Plünderungen und Hausbesetzungen geben. Dies führt zu massiver Kapitalvernichtung. Die Zivilisation – wie wir sie kennen – wird verschwinden, in der Schweiz, in Österreich und in Italien. Die früheren Gastgeber-Nationen werden schnell ausgebrannt sein. Letztlich werden sie durch die Gäste vollständig ersetzt. Es wird noch

die Alpen in der Schweiz und in Österreich geben, aber keine Schweizer mehr. Und Österreicher auch nicht.

Der Fehler in der „Ihr-Kinderlein-kommet“-Politik liegt nicht nur in ihren grässlichen Konsequenzen. Der fundamentale Fehler dieses Vorschlags ist moralischer Natur. Ihm liegt nämlich der Gedanke zugrunde, dass Ausländer das Recht besitzen, bei anderen einzuwandern. Es gibt kein solches Recht auf Zuwanderung.

Ausländer hätten nur dann das Recht, die Schweiz, Österreich oder Italien zu betreten, wenn diese Plätze unbewohnte herrenlose Territorien wären. Sie werden jedoch von jemand anderem besessen. Und niemand hat das Recht, sie zu betreten – außer mit der Einladung des Besitzers. Es ist auch nicht zulässig – wie es manche „Offene-Grenzen“-Apologeten getan haben – zu argumentieren, dass sich Ausländer zwar nicht ohne Erlaubnis des Besitzers auf privatem Grund und Boden ansiedeln dürfen, dafür aber auf öffentlichem Grund und Boden. In ihren Augen ist öffentliches Eigentum gleich unbewohntes Eigentum – und dadurch offen für jedermann, egal ob Einheimischer oder Fremder. Diese Analogie zwischen öffentlichem und herrenlosem Eigentum ist grundfalsch. Es gibt einen entscheidenden Unterschied. Und der besteht darin: Öffentliches Eigentum ist durch die Konfiszierung, Enteignung oder Besteuerung einer staatlichen Regierung angehäuft worden. Während der Staat niemanden als dessen privaten Besitzer anerkennt, so ist doch das gesamte regierungsamtlich kontrollierte öffentliche Eigentum durch die steuerpflichtigen Mitglieder der Gemeinschaft finanziert worden. Österreicher, Schweizer und Italiener haben, entsprechend den von ihnen an den Staat abgeführten Zwangsabgaben, das österreichische, schweizerische oder italienische öffentliche Eigentum gegründet. Deswegen sind sie die rechtmäßigen Eigentümer dieses öffentlichen Eigentums. Ausländer sind nicht zum Zwecke der Gründung dieser Besitztümer besteuert oder enteignet worden. Deshalb können sie auch keine Rechte am öffentlichen Eigentum in Österreich, der Schweiz oder Italien anmelden.

Die moralische Anerkennung des öffentlichen Eigentums als enteignetes Privateigentum reicht bereits aus, um die „Offene-Grenzen“-Vorschläge als Teufelszeug zurückzuweisen. Außerdem lässt sich damit die augenblickliche Politik der „halboffenen“ Grenzen in Verbindung mit der „affirmative action“, wie sie in den westlichen Industriestaaten derzeit gehandhabt wird, bekämpfen.

Sezession als Ausweg!

Wie könnte also eine wirkliche Lösung aussehen? In ei-



Der Think Tank des freien Marktes in Brüssel

Wir wollen das Meinungsklima in Europa zugunsten von Freiheit, Unternehmertum und Wohlstand verbessern.

Durch Debatten, Seminare und Konferenzen.

Schauen Sie doch mal vorbei. Auf unserer Website: <http://www.cne.org>

Dort erfahren Sie in vier Sprachen mehr über CNE. In Englisch, Deutsch, Französisch und Italienisch.

Für unsere deutschsprachigen Leser gibt es außerdem das CNE Monatsmagazin, das Sie kostenlos herunterladen können

Es berichtet über diverse Themen der freien Marktwirtschaft. Getreu dem Motto:

Interessantes aus Deutschland für CNE-Leser und Interessantes von CNE für deutsche Leser.



Mehr über CNE erfahren Sie unter:

<http://www.cne.org>

Centre for the New Europe
23 rue du Luxembourg
1000 Brussels, Belgium
phone: +32 2 506 40 00
fax: +32 2 506 40 00

Jede öffentliche Straße, jeder Park, jede Schule wurde bezahlt mit Steuergeldern. Also sollten Steuerzahler das öffentliche Eigentum in dem Maße zurückerhalten, in dem sie Steuern gezahlt haben.

nem entscheidenden ersten Schritt müssen einzelne Provinzen, Regionen, Städte, Dörfer und Gemeinden ihre Unabhängigkeit von Rom, Wien, Berlin oder Paris erklären und sich selbst den Status „Freies Territorium“ geben. Trotz aller gegensätzlicher Bemühungen der Zentralstaaten existieren noch immer starke regionale Zusammengehörigkeitsgefühle in Ländern, Städten und Gemeinden in ganz Europa. Es ist lebenswichtig, dieses Heimatgefühl in einem ersten Schritt anzusprechen. Mit jeder erfolgreichen Sezession wird die Macht des Zentralstaats verringert. Immer mehr öffentliches Eigentum wird ihm entzogen, der Aktionsradius seiner Agenten – Beamten – wird immer stärker eingeschränkt. Seine Gesetzgebungskraft findet in immer kleineren und kleineren Territorien Anwendung und verschwindet schließlich.

Zudem müssen wir von der Sezession übergehen zur Privatisierung des Eigentums. Denn lokale oder regionale politische Institutionen haben im Prinzip genau so wenig Recht auf das kommunale öffentliche Eigentum, wie die Zentralmacht kein Recht auf das gesamte öffentliche Eigentum hatte. Die Sezession muss weitergehen: Straßen, Verwaltungsgebäude, Schulen, Gerichtsgebäude und vieles mehr müssen den eigentlichen privaten Besitzern oder Besitzergruppen zurückgegeben werden. Wem gehört welcher Anteil an kommunalem, öffentlichem Eigentum? Prinzipiell besitzt jeder so viel, wie sein Zwangs-Anteil bei der Beschaffung ausgemacht hat. In dem Fall, dass die kommunale Behörde das Enteignungsrecht des Staates zu öffentlichen Zwecken ausgeübt hat, wird das Eigentum einfach dem ursprünglichen Besitzer zurückgegeben. Der ganze Rest von kommunalem Eigentum, wahrscheinlich der überwiegende Teil, wird dann unter den Gemeindemitgliedern aufgeteilt, je nachdem, wie viele Steuern sie haben zahlen müssen. Jede öffentliche Straße, jeder Park, jede Schule wurde bezahlt mit Steuergeldern. Also sollten kommunale Steuerzahler das öffentliche Eigentum in dem Maße zurückerhalten, in dem sie Steuern gezahlt haben. Dies bedeutet zwei Dinge. Erstens gibt es Menschen, die mehr Steuern als andere gezahlt haben. Und da ist es natürlich, wenn sie mehr erhalten als jene, die weniger Steuern gezahlt haben. Zum anderen sollten manche Bewohner von der Verteilung des öffentlichen Eigentums gänzlich ausgeschlossen werden. So sollten Sozial- und andere Hilfeempfänger ausgeschlossen werden, denn sie haben keine Steuern gezahlt, sondern von den Steuern anderer Leute gelebt. Von daher haben sie keinen Anspruch auf kommunales Eigentum. Außerdem sollten alle Beamten und öffentlich Bediensteten von der Verteilung ausgeschlossen werden, weil ihre Nettolöhne aus

Steuergeldern anderer Bürger bestanden haben. Genauso wie Sozialhilfebezieher sind alle Beamten und öffentlich Bediensteten Steuerkonsumenten statt Steuerzahler. Deswegen haben auch sie keinerlei Anspruch auf öffentliches Eigentum.

Wenn der Zentralstaat beseitigt und die Privatisierung des sogenannten öffentlichen Eigentums komplett ist, dann ist das Recht auf Ausschluss anderer vom eigenen Eigentum, das auch für die persönliche Sicherheit und den Schutz von grundsätzlicher Bedeutung ist, zurückgegeben in die Hände einer Vielzahl von unabhängigen, privaten souveränen Einheiten. Immigration wird dann wieder zum Mikro-Phänomen und verschwindet als soziales Problem.



Hans-Hermann Hoppe:

Professor für Ökonomie an der Universität von Nevada in Las Vegas; Distinguished Fellow des Ludwig von Mises Institute in Auburn, Alabama. Herausgeber des „Journal of Libertarian Studies“.

Internet:

Der vorstehende für *ef* in Zusammenarbeit mit dem Autor gekürzte Artikel ist in voller Länge in englischer Sprache hier zu finden: http://www.mises.org/journals/jls/16_1/16_1_5.pdf

Der Autor empfiehlt zur Thematik die folgende Internetseite in englischer Sprache: www.VDARE.com

Literatur:

Peter Bimelow: *Alien Nation. Common Sense About America's Immigration Disaster*, New York 1995.

George J. Borjas: *Heaven's Door: Immigration Policy and the American Economy*, Princeton 1999.

Jean Raspail: *Das Heerlager der Heiligen* – erhältlich über *Capitalista*: 17,80 Euro. Best.-Nr.: 38918 00045.

Hans-Hermann Hoppe: *Demokratie. Der Gott, der keiner ist* – erhältlich über *Capitalista*: 24,80 Euro. Best.-Nr.: 39334 97868.

Frankreich brennt – eine kurzfristige Alternative

Selbst bewaffnen gegen das „Gesindel“?

Warum es gilt, sich auch in Deutschland auf den Ernstfall vorzubereiten

Interview mit Hans-Hermann Hoppe

Interview von André F. Lichtschlag

Der vorstehende Artikel erschien 2002 erstmals in englischer Sprache. Hans-Hermann Hoppe hat darin einige der tagtäglich in Frankreich zu beobachtenden Phänomene vorausgesagt. *ef* fragte aus aktuellem Anlass nochmal nach.

ef: Herr Hoppe, sind Sie überrascht über die Wucht der Ereignisse in den französischen Vorstädten?

Hoppe: Ich habe seit Jahren vorausgesagt, dass der immer offensichtlicher werdende Bankrott der westlichen Wohlfahrtsstaaten fast unvermeidlich zu gewalttätigen Verteilungskonflikten führen wird und dass diese Verteilungskonflikte sich in einem zunehmend durch die Staaten bewusst herbeigeführten multikulturellen Milieu entlang ethnisch-kultureller Trennungslinien entzünden werden. Der aktuelle Zeitpunkt und die Wucht solcher Konflikte ist natürlich dennoch stets überraschend.

ef: Wodurch lassen sich die aktuellen Ereignisse erklären?

Hoppe: Der Wohlfahrtsstaat hat überall die Einsicht zerstört, dass man selbst für sein Leben verantwortlich ist und produktiv tätig sein muss, um sich ein Einkommen und Auskommen zu erschaffen. Statt dessen ist es üblich geworden, die „Gesellschaft“ für alle persönlichen Probleme und Unzulänglichkeiten verantwortlich zu machen und es als natürlich zu empfinden, auf Kosten anderer ausgehalten zu werden. Ja, sogar Entrüstung zur Schau zu stellen, wenn das, was einem angeblich „zusteht“, unzureichend erscheint. So hat man zunächst ein Millionenheer von realitätsblinden, unzufriedenen, aber umso selbstgerechteren Schmarotzern herangezüchtet, die über ein Unmaß an freier Zeit verfügen, in der man sich dumme und gefährliche Gedanken machen kann. Erschwerend kommt hinzu, dass man seit Jahrzehnten in unendlicher soziologischer Naivität – „alle Menschen und Kulturen sind gleich“ – eine „nicht-diskriminierende“ Einwanderungspolitik verfolgt hat. Infolgedessen gibt es nunmehr in allen westlichen Wohlfahrtsstaaten Millionen anpassungsunwilliger oder unfähiger „Fremdlinge“. Die meisten dieser Menschen stammen aus der Unterklasse ihrer Heimatländer. Denn für Angehörige der marokkanischen, türkischen oder mexikanischen Mittel- oder Oberklasse etwa gibt es keinen Grund, nach Frankreich, Deutschland oder in

die USA auszuwandern. Ihr Intelligenzquotient – über dessen Bedeutung lese man Charles Murray und Richard Herrnstein, Richard Lynn und Tatu Vanhanen sowie im deutschen Sprachraum Volkmar Weiss – liegt in aller Regel weit unter den Durchschnittswerten der jeweiligen Aufnahmeländer. Ihre Schmarotzerquote ist darum noch höher und ihr Verständnis elementarster wirtschaftlicher Zusammenhänge noch niedriger als im Fall der einheimischen Bevölkerung, während ihr Anspruchsdenken dem der einheimischen Bevölkerung keineswegs nachhinkt. Sie lehnen die einheimische Kultur ab oder verachten sie gar – und im Unterschied zur einheimischen Unterklasse gibt es in ihrem Fall keine „eigene“ Mittel- und Oberklasse, die sie in Schach halten und von dummen und gefährlichen Gedanken abhalten könnte. Das alles ergibt eine explosive Mischung und es bedarf nur eines kleinen Funkens, um einen Flächenbrand in Gang zu setzen.

ef: Ist so etwas zukünftig auch in Deutschland denkbar?

Hoppe: Daran hege ich keinen Zweifel. Gewiss, der Anteil nicht-assimilierter oder nicht-assimilierbarer Ausländer in Deutschland ist niedriger als in Frankreich. Aber angesichts der hirnrissigen Wirtschafts- und Sozialpolitik der herrschenden Politikerklasse ist man gut beraten, sich auch hier auf den „casus belli“ vorzubereiten.

ef: Was sagen Sie zur Reaktion der französischen Politik – mehr Repression und noch mehr Sozialhilfe?

Hoppe: Da fehlen einem fast die Worte. Schizophrenie? Die Politiker sind noch gefährlicher als das Gesindel, das Frankreich in Aufruhr versetzt hat. Wäre die französische Bevölkerung bewaffnet gewesen, so hätten diesmal vermutlich noch ein paar scharfe Schüsse genügt, um dem ganzen Spuk ein schnelles Ende zu bereiten. Nach den angekündigten „Reformen“ in Frankreich, wenn der öffentliche Dienst erst einmal gründlich mit den angeblichen „Opfern französischer Diskriminierung“ durchgesetzt ist, bin ich nicht mehr so sicher, ob das auch in Zukunft noch genügen wird.

Literatur:

Volkmar Weiss: Die IQ-Falle – erhältlich über *Capitalista*: 21,80 Euro. Best.-Nr.: 37020 08829.